

Auf dem Jura bekommen die Befürworter der Windenergie kräftigen Gegenwind. Am Donnerstagabend fanden sich im Modschiedeler Gasthaus Herold rund 70 Bürger ein, um sich entschieden gegen die geplante Ausweisung von Vorranggebieten für den Bau von Windkraftanlagen zu wehren.

"Die Immobilien- und Grundstücksverluste werden in dem Bereich auf bis zu 50 Prozent geschätzt und im Einzelfall wird das Haus sogar unverkäuflich sein." So lautet eines der schwerwiegenden Argumente für den Sprecher der Bürgerinitiative "Jurawindpark", Edwin Bergmann aus dem Weismainer Stadtteil Fesselsdorf, der sich über die große Resonanz auf die Info-Veranstaltung freute.

Ein Anwalt ist mit im Boot

Nach knapp drei Stunden Erläuterungen und Diskussionen kamen die Versammelten zu dem einstimmigen Ergebnis, einen Verein zu gründen, um letztlich im Umgang mit den Behörden einen besseren Stand zu haben. Dabei soll auch ein Fachanwalt ins Boot genommen werden. Die Bürger haben dafür bereits einen Namen, ausgewählt: Heimatschutzverein.

Damit soll deutlich werden, dass die Mitglieder die Jurahöhen vor den Windrädern schützen wollen.

Annähernd 5000 Unterschriften wurden bereits von den Bürgern gesammelt. Die Bürgerinitiative erwartet sich angesichts dieses deutlichen Votums vor allem Unterstützung der Bürgermeister von Wattendorf und Wonsees, denn in Weismain und Stadelhofen ist die Ausweisung von Vorranggebieten von den kommunalen Parlamenten bereits abgelehnt worden.

Fazit des Info-Abends: "Windräder zerstören die Landschaft, die Natur, unsere Heimat und führen zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensqualität." Am Ende waren sich alle einig: Die geplanten Vorranggebiete müssen raus aus dem Regionalplan.

Edwin Bergmann ist 43 Jahre alt und selbstständiger Kaufmann. Er sprach von bis zu 100 Windrädern zwischen Wattendorf und Azendorf, die auf einer Fläche von rund 1300 Hektar entstehen sollen. Somit sei aufgrund der Wertverluste bei Immobilien auch die Altersvorsorge in Gefahr. Für ihn ist auch klar, dass es für Bauvorhaben, ob Neubau oder Albau-Sanierung, in diesem Bereich keine Kredite geben wird. Und es wird zur Zerstörung einer einzigartigen Naturlandschaft mit einem Lebensraum für seltene Tierarten kommen. Weitere Folgen sind nach den Worten des Sprechers der Bürgerinitiative "Jurawindpark" ein starker Rückgang des Tourismus in der Region und der Verlust des Naherholungsgebiets.

Weiter verwies Bergmann auf den Schattenschlag, die Lärmbelästigung und gesundheitliche Beeinträchtigungen wie Kopfschmerzen und Schlafstörungen. Nicht zuletzt sah er die Gefahr, dass intakte Dorfgemeinschaften durch den Bau von Windkraftanlagen regelrecht gespalten werden. Und er wurde noch deutlicher: "Zahlreiche Insolvenzen bestätigen die Unwirtschaftlichkeit der Windkraftanlagen in Schwachwindgebieten wie dem Jura. Die erhofften Pachten bleiben aus, und bei Insolvenz haftet der Grundeigentümer für den Rückbau."

"Gewerbsteuer wird nie fließen"

Der 43-Jährige ist davon überzeugt, dass die in Aussicht gestellten Gewerbesteuereinnahmen an die Kommunen nie fließen werden. Die Windkraftanlagen könnten in keiner Weise konventionelle Kraftwerke ersetzen. "Die Windkraft bringt viel Schaden auf die Juradörfer, aber wenig Nutzen. Über 100 Hektar Freilandflächen Photovoltaik - es ist der größte Solarpark Süddeutschlands an der A 70 -, zwölf Biogasanlagen und sieben Windräder sind nach den Worten des Sprechers der Bürgerinitiative genug erneuerbare Energien für den Jura. Ansonsten sehe er die Gefahr, dass man "den größten Schrottplatz in ganz Bayern" bekomme.

Was die Bürgerinitiative auch stört, ist die Aussicht, dass auf dem Jura aller Voraussicht nach der größte Windpark in ganz Bayern entstehen soll. Edwin Bergmann: "Und das alles ohne eine einzige Windmessung. Man plant hier auf einer Länge von 15 Kilometern bis zu hundert Windräder in einem angeblich leistungsfähigen Vorranggebiet mit einer Anlagenhöhe von 260 Metern und einem Rotordurchmesser von 150 Metern. Dabei ist deren Wirtschaftlichkeit der bayerischen Staatsregierung vollkommen wurst."

Bergmann berichtete, dass die Kommunen im Jura nach seinem Kenntnisstand an den Vorschlägen für die Vorranggebiete "sehr aktiv mitgewirkt" haben. In den genannten Gemeinden seien Flächen mit einer Größe von jeweils 400 bis 430 Hektar ausgewiesen worden.

Angesichts der rund 5000 Unterschriften sagte Bergmann: "Das war echt eine Heidenarbeit. Viele haben uns gesagt: Sammelt Unterschriften, so dass der Regionale Planungsverband die Vorranggebiete nicht so einfach durchwinken kann."

"Es geht nur um den Verkauf"

Zur Windhöffigkeit stellte Bergmann fest, dass die Wirtschaftlichkeit bei 6,5 Meter pro Sekunde liegt. Im Juragebiet liegen dagegen nur zwischen 4,7 und 5,2 Meter pro Sekunde gegeben. Damit sei keine wirtschaftliche Planung möglich. Normalerweise werde bei derartigen Projekten eine Windmessung über einen Zeitraum von zwölf Monaten durchgeführt. "Hier geht es nur um den Verkauf der Anlagen, die Wirtschaftlichkeit interessiert keinen", geißelte Bergmann die "sehr dubiosen Geschäftsmodelle". In diesem Zusammenhang informierte er die Versammlung über einen Brief, den er von Staatssekretärin Melanie Huml bekommen habe: "Darin schreibt sie mir, dass die Wirtschaftlichkeit ist nicht Sache der bayerischen Staatsregierung, sondern der Investoren ist."

Hans-Peter Zahner aus Wonsees beleuchtete die rechtliche Situation eines privilegierten Bauvorhabens, wie es ein Windrad im Außenbereich darstelle: "Privilegierung bedeutet nicht automatisch Genehmigungsfähigkeit. Auch einem privilegierten Vorhaben können öffentliche Belange entgegen stehen." Aus zehn Punkten zitierte Zahner nur einen: "Eine Landschaft kann schutzwürdig sein wegen ihrer Schönheit und Funktion als Wander- und Erholungsgebiet."